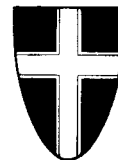


AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-1861-1/92

Wien, 12. Oktober 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Pflichtschulerhaltungs-
Grundsatzgesetz geändert wird;
Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates

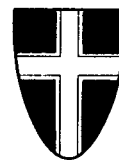
Betrifft GESETZ VU
Zl. 67-6079
Datum: 14. Okt. 1992
16. Okt. 1992
Bauer

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Dr. Pillmeier
Obersenatsrat

**AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **40 00-82124**

MD-1861-1/92

Wien, 12. Oktober 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Pflichtschulerhaltungs-
Grundsatzgesetz geändert wird;
Stellungnahme

zu Zl. 12.690/5-III/2/92

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Auf das Schreiben vom 3. Juni 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf Bedenken grundsätzlicher Art bestehen. Es darf auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung vom 12. Oktober 1992, MD-1860-1/92, zum Entwurf einer 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle verwiesen werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Püllmeier
Obersenatsrat